

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Dr. Gerhard Schick,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/13003 –**

Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise unterstützen

A. Problem

Die Antragsteller stellen fest, Entwicklungsländer seien in dramatischer Weise von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Nach Einschätzung der Weltbank treibe jedes Prozent weniger Wachstum weitere 20 Millionen Menschen in die Armut. Auch die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele würde erschwert. Um nicht noch mehr Menschen in die Armut abgleiten zu lassen, müssten die negativen Folgen der Krise für zahlreiche Entwicklungsländer durch internationale Gegenmaßnahmen abgeschwächt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/13003 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Stephan Hilsberg
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Stephan Hilsberg, Hellmut Königshaus, Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/13003** in seiner 224. Sitzung am 28. Mai 2009 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Maßnahmenkatalog zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 93. Sitzung am 1. Juli 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont, die Entwicklungsländer litten am meisten unter der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Die Zahl der Hungernden sei gestiegen. Über 1,02 Milliarden Menschen seien chronisch unterernährt und litten Hunger. Die jüngst stattgefunden UN-Konferenz habe keinen Durchbruch erzielt. Es gebe weitreichende negative Effekte auf die Handels- und Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer, die ausländischen Direktinvestitionen und die Überweisungen der Migranten in ihre Heimatländer gingen zurück. Folge sei auch, dass es immer geringere Fähigkeiten gebe, soziale Sicherungssysteme aufrecht zu halten bzw. geplante zu initiieren. Auch die Investitionen in den Umweltschutz würden weitgehend verringert und die positiven Ansätze der letzten Jahre, auf denen man im Rahmen der Umsetzung der MDG's habe aufbauen wollen, gingen immer weiter zurück. Es müsse dafür gesorgt werden, dass die sozialen Folgen für die schwächeren Länder abgemildert würden, insbesondere für Frauen und Kinder, die am stärksten darunter zu leiden hätten. Bei Investitionen müsse auf eine Green Economy Wert i. S. des Green New Deal, der die Entwicklungsländer einbeziehe, Wert gelegt werden. Die Krise dürfe auch nicht ein ambitioniertes Klimaabkommen verhindern. Es müsse darauf hingearbeitet werden, dass die versprochene Erhöhung der Mittel der Geberländer eingehalten werde, um das 0,7-Prozent-Ziel im Jahr 2015 zu erreichen. Wichtig sei daneben, eine Reform

der internationalen Finanzarchitektur voranzubringen. Hierbei müssten sich auch die Entwicklungspolitiker engagieren und die notwendigen Maßnahmen fordern. Beim IWF müsse die Orthodoxie der Vergangenheit überwunden werden, Kredite dürften nicht an Bedingungen geknüpft werden, die zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Lage führten. Der IWF müsse aufgefordert werden, seine Verlautbarungen, den politischen Spielraum der Länder, antizyklisch zu handeln, erweitern zu wollen, auch tatsächlich umzusetzen.

Die **Fraktion der SPD** ist der Ansicht, die Tendenz des Antrags gehe in die richtige Richtung. Sie werde aber nicht zustimmen, denn der vom Deutschen Bundestag bereits beschlossene Antrag „Internationale Kreditfinanzierung in der Entwicklungspolitik auf eine neue Grundlage stellen“ (Drucksache 16/13378), setze sich wesentlich detaillierter mit der Problematik auseinander. Er fordere z. B. die Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens und betone die Nachhaltigkeitskriterien stärker. Soweit der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Blick auf Handelsprotektionismus fordere, Schutzmechanismen die EU betreffend zu verringern, aber in den Entwicklungsländern zu verstärken, sei sie im Zweifel, ob eine solche Strategie auf Dauer zielführend sei. Der Antrag operiere außerdem mit Schuld. Dies wecke Gefühle und erzeuge Stimmung. Die Entwicklungsländer, denen es in den letzten Jahren gelungen sei, starke Entwicklungsfortschritte zu verzeichnen, hätten dies geschafft, weil sie von den Wachstumstendenzen des letzten Jahrzehnts in erheblichem Maße partizipiert hätten. Durch die Öffnung der Märkte seien sie in den Welthandel eingetreten und hätten von der Globalisierung profitiert. Sie seien zu Teilnehmern an der internationalen Wertschöpfungskette geworden und hätten auf diese Art und Weise Investitionen ins Land holen können. Als Teilnehmer am Welthandel seien sie aber auch von den Risiken des Handels betroffen. Man könne nicht das eine bekommen und das andere versuchen zu vermeiden. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass die negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Entwicklungsländer so wenig wie möglich mit betreffen. Auch hierzu habe der Deutsche Bundestag bereits Beschlüsse gefasst. Dieser Verantwortung sei man sich bewusst und dokumentiere dies aktuell durch den Beitrag im Rahmen des deutschen Konjunkturprogramms. Es sei zu hoffen, dass andere Länder diesem Beispiel folgten.

Die **Fraktion der FDP** legt dar, sie unterstütze die Forderungen, die laufende WTO-Runde abzuschließen und die Agrarsubventionen zu streichen. Die Antwort der Bundesregierung auf die Krise sei ein Sammelsurium von nicht zusammenhängenden Maßnahmen und auch der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN biete keine wesentlichen Maßnahmen an. Es sei nicht sinnvoll, 100 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket für den Infrastrukturfonds der Weltbank zur Verfügung zu stellen. Dies habe mit der Stützung der Konjunktur und insbesondere der Bewältigung der Folgen der Krise nichts zu tun. Es zeige nur die Hilflosigkeit. Hilflös sei auch der Antrag. Dennoch werde sie sich enthalten, weil immerhin die Richtung stimme.

Die **Fraktion CDU/CSU** führt aus, der Antrag gebe keine Antwort darauf, wie es die ärmsten Länder schaffen könnten, die eigenen Finanzmärkte und Kapitalmärkte so zu gestalten, dass das eigene Kapital besser mobilisiert und genutzt werden könne. Die Notwendigkeit, dass nur im Zusammenspiel der Industrie- und Entwicklungsländern die Weltwirtschaftskrise nachhaltig bekämpft werden könne, werde nicht gesehen. Die Verzahnung der Volkswirtschaften sei stärker als zuvor. Die deutschen Exporte in die entsprechenden Länder hätten sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Der Haushalt des BMZ sei mittlerweile der zweitgrößte Investitionshaushalt. Von ihm hingen auch in Deutschland 200 000 bis 300 000 Arbeitsplätze ab. Dass dies so bleiben solle und Deutschland gleichzeitig die Entwicklungsländer stützen wolle, sei durch die Bundesregierung auf dem G-20-Gipfel in London deutlich gemacht worden. Dort sei zugesichert worden, den Entwicklungs- und Schwellenländern eine Billion US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Damit solle u. a. der IWF aufgestockt werden. Weiteres Ziel sei es, über Garantien den Welthandel wieder in Schwung zu bringen. Diese Art und Weise der Kooperation zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern sei effektiv und zum gegenseitigen Nutzen. Sie werde dem Antrag nicht zustimmen.

Die Fraktion **DIE LINKE.** hätte sich gewünscht, dass die Forderung von Joseph Stiglitz, ein Prozent der Konjunkturprogramme für Entwicklung zu investieren, im ersten Teil des Antrages und nicht erst im Begründungsteil genannt worden wäre. Dennoch werde sie dem Antrag zustimmen.

Berlin, den 1. Juli 2009

Jürgen Klimke
Berichterstatte

Stephan Hilsberg
Berichterstatte

Hellmut Königshaus
Berichterstatte

Heike Hänsel
Berichterstatte

Ute Koczy
Berichterstatte